

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 13. November 2023; Bericht

Am 13. November 2023 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Situation in Israel und der Region, Russlands Aggression gegen die Ukraine, Armenien/Aserbaidschan sowie außenpolitische Aspekte der wirtschaftlichen Sicherheit.

Beim Tagesordnungspunkt zur Lage in Israel und der Region betonte der Hohe Vertreter und Vizepräsident der Europäischen Kommission (HV/VP) Josep Borrell im Zusammenhang mit der gemeinsamen EU-Erklärung zu humanitären Pausen in Gaza vom 12. November die Notwendigkeit von EU-Einheit. Die humanitäre Tragödie in Gaza müsse im Fokus stehen. EU-Kommissar für Erweiterung und Nachbarschaft Oliver Várhelyi informierte über die erfolgte Auszahlung zusätzlicher Finanzmittel in Höhe von 10 Millionen Euro für das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA). EU-Kommissar für Krisenmanagement Janez Lenarčič verwies auf die humanitäre Lage in Gaza, welche durch fortgesetzte Bombardierungen sowie Mangel an Medikamenten, Nahrungsmitteln, Wasser und Treibstoff geprägt sei. Mehr als die Hälfte der Krankenhäuser habe den Betrieb eingestellt, etwa 1,6 Millionen Menschen seien binnenvertrieben. EU-Sonderbeauftragter für den Nahost-Friedensprozess Sven Koopmans verwies ergänzend auf die Initiative des *Peace Day Effort*. Es sei wesentlich, dass die Palästinensische Autonomiebehörde nach Gaza zurückkehre, eine internationale Präsenz werde wichtig sein. Die EU-Mitgliedstaaten begrüßten die gemeinsame EU-Erklärung vom 12. November, äußerten Sorge über die humanitäre Situation in Gaza und betonten die Notwendigkeit des humanitären Zugangs. Darüber hinaus wurden die Forderung nach der bedingungslosen Freilassung der Geiseln und das Recht Israels auf Selbstverteidigung im Einklang mit dem Völkerrecht und humanitären Völkerrecht bekräftigt. Österreich hielt fest, keine Sprache für einen humanitären Waffenstillstand zu unterstützen, da dieser lediglich von der Hamas genützt werden würde, um weitere

Angriffe gegen Israel vorzubereiten und durchzuführen. HV/VP Borrell informierte abschließend über seine bevorstehende Reise nach Israel, die palästinensischen Gebiete, Bahrain, Katar, Ägypten, Jordanien sowie Saudi-Arabien und stellte die Einberufung eines außerordentlichen Außenminister:innentreffens in Aussicht.

Bei der Diskussion zu Russlands Aggression gegen die Ukraine betonte ich die Wichtigkeit des Treffens zur Friedensformel in Malta. Zum Erweiterungspaket erklärte ich, dass dieses noch genau zu prüfen sei. Es gelte, keine Erwartungen zu erzeugen, die man nicht erfüllen könne, und keine Abkürzungen auf dem Weg in die EU zuzulassen. Man könne fast den Eindruck gewinnen, als würden Kandidatenländer auf dem Westbalkan mit der Lupe, die Ukraine jedoch durch die rosarote Brille betrachtet werde. Die Entscheidung der ukrainischen Regierung, 2024 keine Wahlen abzuhalten, habe in Österreich Aufsehen erregt. Es müsse einen klaren Zeitrahmen für Wahlen geben, dies hätten wir auch von anderen Ländern wie Libyen in schwierigen Situationen erwartet. Österreich schätze die Bemühungen von Nordmazedoniens Außenminister Bujar Osmani, einen Konsens in der OSZE herzustellen, und hätte eine technische Verlängerung des nordmazedonischen Vorsitzes unterstützt. Eine Lösung dürfe keinesfalls an der EU scheitern.

Beim Tagesordnungspunkt Armenien/Aserbaidschan verwies HV/VP Borrell auf fünf Handlungsoptionen für die Unterstützung von Armenien: die Stärkung der EU-Mission Armenien, nicht-letale Unterstützung aus der Europäischen Friedensfazilität (EFF), bestmögliche Nutzung des Wirtschafts- und Investitionsplans (EIP), Visaliberalisierung sowie hochrangige Besuche. Weiters gelte es, mögliche EU-Reaktionen auf eine Eskalation durch Aserbaidschan vorzubereiten und eine starke Botschaft an Aserbaidschan zu senden, dass eine solche ernste Folgen habe. HV/VP Borrell ortete nach der Diskussion Konsens zum Dialog mit beiden Seiten und zur Einladung des armenischen Außenministers zum RAB im Dezember sowie weitgehende Unterstützung für die von ihm eingangs genannten fünf Punkte, einschließlich nicht-letaler Unterstützung aus der EFF und Visaliberalisierung, mit einigen Sensibilitäten, die der EAD berücksichtigen werde.

Der Tagesordnungspunkt außenpolitische Aspekte der wirtschaftlichen Sicherheit wurde aus Zeitgründen verschoben.

Unter Sonstiges fand ein informeller Austausch mit dem Präsidenten der 28. VN-Klimakonferenz (COP28) Sultan Al Jaber statt, bei welchem dieser auf die laufenden Vorbereitungsarbeiten für die von 30. November bis 12. Dezember stattfindende Klimakonferenz in Dubai und die Dringlichkeit konkreter Verhandlungsergebnisse verwies.

Der gemeinsame Schutz des Klimas solle eine Plattform und Chance sein, den Multilateralismus am Leben und funktionsfähig zu halten.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

7. Dezember 2023

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.

Bundesminister